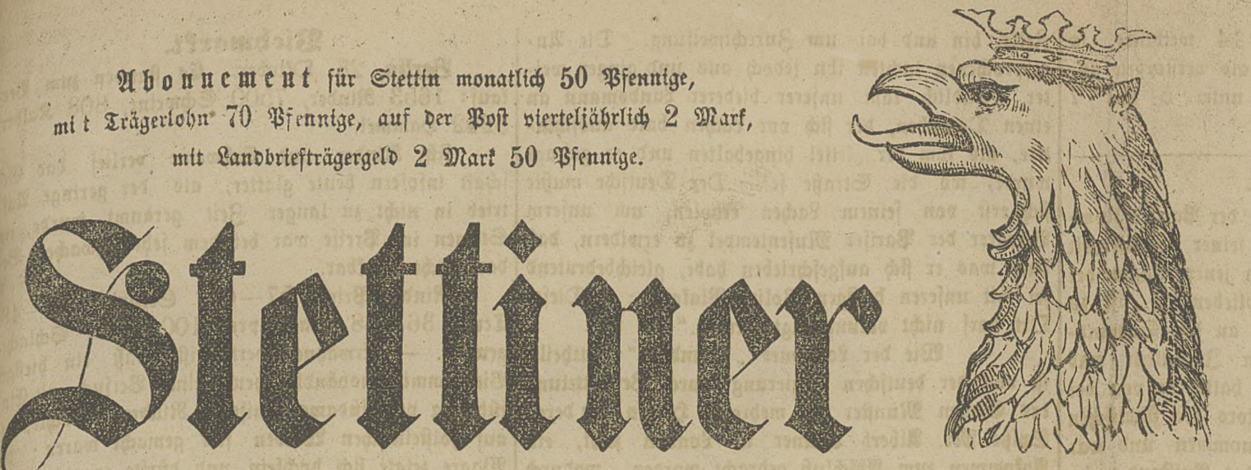
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 29. Oktober 1878. Nr. 506.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate November und Dez. für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 1 Mark, für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 35 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

Deutschland.

** **Berlin**, 28. Oktober. Die Reichskommission für das Sozialistengesetz wird nach der am Mittwoch zu erwartenden Rückkehr des Ministers des Innern ihre erste Sitzung am Donnerstag halten, zu welcher in Stellvertretung des Präsidenten der Unterstaatssekretär Bitter bereits eingeladen hat. Die Lokalität für die Kommission ist, wie bereits gemeldet, in die augenblicklich nicht benutzte Wohnung des Staatsministeriums verlegt worden, aber nur vorläufig, da die Wohnung von Ostern ab von dem Kultusminister während des Neubaues in seinem Ministerium bezogen werden wird. Für die Reichskommission wird ein besonderes Bureau errichtet werden, dessen Etat allerdings erst vom Reichstage bewilligt werden muß. In der ersten Sitzung wird sich die Kommission konstituiren und den Entwurf des Regulativs für ihren Geschäftsgang berathen, welches nach § 27 des Sozialistengesetzes die Genehmigung des Bundesraths erhalten muß, um praktisch zu werden. Die Feststellung des Regulativs in der Kommission wird nach den Vorarbeiten rasch von Statten gehen.

Die Meldung, daß die Entscheidung über die künftige Stellung der Verwaltung für Handel und Gewerbe zweifelhaft geworden sei und daß man jetzt beabsichtige, diesen Staatsdienstzweig dem landwirthschaftlichen Ministerium zu unterstellen, ist vollkommen irrthümlich. Bereits im Laufe des Sommers hat das Staatsministerium über die betreffende Veränderung Beschluß gefaßt und dieselbe hat damals schon als Grundlage für die Aufstellung des Staatshaushalts die allerhöchste Genehmigung erhalten. Die grundsätzlichen Gesichtspunkte, welchen der damalige Beschluß entsprang, die Verwaltung für Handel und Gewerbe künftig mit der gleichartigen Reichsverwaltung zu verbinden, schließen die Verbindung mit dem landwirthschaftlichen Ministerium aus.

Die Mittheilungen über Schwierigkeiten, denen angeblich der Finanzminister Hobrecht in seiner Stellung neuerdings begegnen soll, werden in unterrichteten Kreisen als grundlos angesehen. Völlig falsch ist jedenfalls die Behauptung, daß die Situation, welche Herr Hobrecht bei der Uebernahme des Ministeriums vorgefunden und die ihm den Antritt des Amts ermöglichte, sich inzwischen verändert habe. Das Ganze dürfte als eine Erfindung der bekannten sensationellen Quelle zu betrachten sein.

Berlin, 28. Oktober. Die Gerüchte, denen dieser Tage die „National-Zeitung" Ausdruck gab, als sehe der Finanzminister Hobrecht so viele Schwierigkeiten vor sich, daß er sich bereits mit Rücktrittsgedanken trage, scheinen nach einer Mittheilung des „Deutschen Montags-Blatt" unbegründet oder doch jedenfalls verfrüht zu sein. Nach dem eben genannten Blatte wäre Herr Hobrecht selbst guter Zuversicht und rechnete mit ziemlicher Sicherheit darauf, daß der preußische Landtag nicht nur seine Vorschläge zur Deckung des Defizits, sondern auch seine weitern Finanzpläne bereitwillig gutheißen werde. Selbstverständlich wird man sich unter diesen Plänen, die der Herr Finanzminister persönlich zu entwickeln gedenkt, vorläufig noch nicht das volle Reformprogramm im Zoll- und Steuerwesen vorstellen dürfen, von dem in letzter Zeit so viel die Rede gewesen. Dieses Reformprogramm wird sich erst dann feststellen lassen, wenn die Ergebnisse all der einzelnen Enqueten, die mittlerweile angestellt sind, klar und deutlich vorliegen. Und auch dann wird Herr Hobrecht noch nicht sogleich in der Lage sein, dem Landtage bestimmte Eröffnungen zu machen, weil die Verhältnisse, die sich für das preußische Finanzwesen aus einer Reform der Reichsfinanzen ergeben, sich nicht früher werden übersehen lassen, als bis das Reichsfinanzamt mit seinem neuen Leiter, dessen Ernennung noch immer aussteht, die Vorarbeiten zum Abschluß gebracht hat. Man sieht also, daß noch eine lange Reihe von Bedingungen erfüllt sein muß, bevor an Herrn Hobrecht die Nothwendigkeit herantritt, sich mit der Volksvertretung auseinanderzusetzen. Daß diese seinen Vorschlägen zur Deckung des Defizits im Wesentlichen zustimmen wird, ist nicht zu bezweifeln, und sonach dürfte ein Grund für den Herrn Finanzminister, an seinen Rücktritt zu denken, einstweilen nicht vorliegen.

— Der „Standard" bringt, wie uns aus London telegraphirt wird, die überraschende Mittheilung, daß der König von Dänemark nur unter der Bedingung in eine Heirath der Prinzeß Thyra mit dem Herzog von Cumberland einwilligt, daß der Herzog auf seine Ansprüche auf die hannoversche Krone verzichtet. Der Herzog von Cumberland soll diese Bedingung acceptirt haben. Wir geben die Nachricht des englischen Blattes selbstverständlich ohne Gewähr dafür zu übernehmen.

— Auch die „Nationalliberale Korrespondenz" erhebt jetzt die Mahnung an das „wohlhabende patriotische Bürgerthum", etwas für das Wohl der Arbeiter zu thun. Als eine solche Wohlthat betrachtet das genannte Organ in allen größeren Städten die Herstellung eines Versammlungshauses für das öffentliche Leben der minder begüterten Schichten. Das Bedürfniß, heißt es weiter, ist fast allenthalben vorhanden, da diese Schichten für ihre Vereine und sonstige Zusammenkünfte sich nicht so bequem allemal selbst Räumlichkeiten verschaffen können, wie die wohlhabenden Stände. Es pflegt sich am stärksten zu äußern, wo ein Arbeiterbildungsverein am Orte ist; weshalb denn auch die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung stets den Bau von „Bildungshallen" empfohlen hat, wie man es in ihrem Schooße nannte. Aber es beschränkt sich nicht auf einen einzelnen Verein. Genossenschaften, Hülfskassen, Gewerkvereine u. s. f. mögen es ebenso lebhaft empfinden. Würde es angemessen befriedigt, so entstände daraus allein schon wohl manches weitere Bedürfniß, das sich jetzt gar nicht hervorwagt, gewissermaßen nicht zum sozialen Bewußtsein kommt, und dessen Befriedigung doch zur Versöhnung der zwiespältigen Klassen viel beitragen könnte. Es sei nur daran erinnert, daß den Arbeitern in der Regel jede Möglichkeit fehlt, für ein geringes Entgelt Tagesblätter, Zeitschriften und Bücher in einem gutgehaltenen Raume zu lesen, der im Winter geheizt und Abends erleuchtet wird. Sollte die Zeit nicht günstig sein, ihnen solche Erholungsstätten aufzuthun? Die Ausführung des Sozialistengesetzes wird vielen von ihnen, und nicht eben den schlechtesten, wenigstens nicht den geistesträgsten, gewohnte Versammlungslokale nehmen. Ihnen neue darzubieten, muß also jetzt gerade der Mühe besonders werth sein, — ja es ist, wenn wir unsere Gedanken ganz heraussagen sollen, einfach die Pflicht des wohlhabenden patriotischen Bürgerthums.

— Der preußische Staatshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1879/80 wird jetzt in allen politischen Kreisen mit einiger Spannung erwartet, weniger wegen der mehr oder minder scharfsinnigen Vorschläge zur Deckung eines etwaigen Defizits, als um der Entscheidung willen, die im Etat über wichtige Fragen der Organisation der höchsten Verwaltungsbehörden getroffen werden soll. Daß die Forsten und Domänen vom Finanzressort abgezweigt und dem landwirthschaftlichen Minister unterstellt werden, ist ein alter Wunsch des Fürsten Bismarck, der jedenfalls in diesem Winter wieder einen Gegenstand der parlamentarischen Berathung bilden wird. Zudem verlautet noch, nicht Herrn Hofmann, sondern ebenfalls Herrn Dr. Friedenthal werde die vom Handelsministerium abgetrennte Abtheilung für Handel und Gewerbe zugetheilt werden, so daß das Ministerium des letzteren unter verändertem und erweitertem Titel zu einer bisher nicht geahnten Bedeutung heranwüchse. Herr Maybach, der Minister der öffentlichen Arbeiten, würde dann allerdings Muße genug haben, seinen weitaussehenden Plänen auf Verstaatlichung des gesammten Eisenbahnwesens nachzugehen.

— Hier und anderswo haben sich vielfach Besorgnisse über den ruhigen Verlauf der Ausführung des Sozialistengesetzes geltend gemacht. Aengstliche Gemüther befürchteten Zusammenrottungen von Sozialdemokraten gelegentlich der Sprengung ihrer Vereine und Versammlungen. An den kleineren Orten Sachsens und Braunschweigs, wo keine Garnisonen sind, hielt man sogar die Behörden nicht für stark genug, um ohne militärische Assistenz die Vereine und Blätter der Sozialdemokraten zu unterdrücken. Heute erweist sich nun, daß diese Befürchtungen grundlos waren. Aus allen Theilen des Reiches laufen Nachrichten über die ordnungsmäßige Durchführung der gesetzlichen Maßregeln ein. Nirgends macht sich ein Widerstand geltend, sei es auch nur in Form eines öffentlichen Protestes. Die Sozialdemokraten haben es scheinbar absichtlich vermieden, von der Emanation des Sozialistengesetzes ab Versammlungen einzuberufen, und wo es dennoch geschehen, vollzogen sie nur ihre Selbstauflösung. Wenn ein sozialdemokratischer Verein in Dresden mit Absingung der Marseillaise auseinanderging, so werden die Mitglieder für dieses harmlose Vergnügen kaum einer Verfolgung ausgesetzt sein. Die Journale enthalten täglich ein langes Verzeichniß der unterdrückten sozialdemokratischen Vereine und Blätter, deren Namen den Lesern vielleicht zum 1. Male unter die Augen kommen. Eine Ausnahme macht davon das Centralorgan der Partei, der Leipziger „Vorwärts." Die Nr. 126 desselben wurde gestern von der Leipziger Kreishauptmannschaft in ihrer Eigenschaft als Landespolizeibehörde konfiszirt und das fernere Erscheinen des Blattes verboten. Bekanntlich redigirten Liebknecht und Hasenclever unter Mitwirkung Bebel's dieses Hauptorgan der Partei, dessen Uebersiedelung nach Zürich schon vor Erlaß des Gesetzes bestimmt worden sein soll. Vielleicht steht die Mittheilung damit im Zusammenhange, daß die Führer der Sozialdemokraten für ihre persönliche Sicherheit Befürchtungen hegen, welchen sie durch eine rechtzeitige Verlegung ihres Wohnortes, die aber nicht zur politischen Flüchtlingsschaft führen soll, zu entgehen wünschen. Dies soll namentlich von jenen Sozialdemokraten gelten, welche ein Mandat zum Reichstage besitzen und sich an den Verhandlungen desselben ferner betheiligen wollen. Ob der schweizerische Bundesrath und die Kantonbehörden es mit ihren internationalen Verpflichtungen für vereinbar halten werden, wenn die deutschen Sozialdemokraten Zürich zum Hauptquartier für ihre Preßkampagne wählen, muß abgewartet werden. Man weiß, wie von 1848 ab bis weit in die fünfziger Jahre hinein die Reklamationen deutscher Regierungen auf die Ausweisung deutscher Flüchtlinge, namentlich jener, die sich mit Preßerzeugnissen beschäftigten, hingewirkt haben.

— Auf der Tagesordnung des bevorstehenden achten deutschen Handelstages steht bekanntlich als erster Gegenstand die Bildung eines volkswirthschaftlichen Senats, wie der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen beantragt hat. Bei der Wichtigkeit und der Tragweite des Gegenstandes hatte der bleibende Ausschuß des Handelstages die Antragsteller zunächst um eine ausführliche Begründung ihres Antrages ersucht, so wie um die Darlegung ihrer Ideen über die Nothwendigkeit, die Einrichtung und den Wirkungskreis eines solchen volkswirthschaftlichen Senats. Diesem Verlangen ist in einer ausführlichen Denkschrift entsprochen worden, welche jetzt im Abdruck den Mitgliedern des Handelstages zugestellt wird. Der bleibende Ausschuß glaubte zu dem Antrage nicht besonders Stellung zu nehmen, sondern es den Antragstellern, sowie den von ihm ernannten Referenten überlassen zu sollen, mit ihren Vorschlägen direkt vor die Versammlung zu treten. Inzwischen wird konstatirt, daß sich im Schooße des Ausschusses gelegentlich der zur Vorbereitung der Plenarversammlung stattgehabten Diskussion vorwiegend die Meinung geltend machte, daß es keineswegs nur im Interesse des Handels- und Gewerbestandes liege, sondern auch für die deutsche Regierung wie für den Reichstag wünschenswerth erscheine, wenn schon in den Vorbereitungsstadien, mag es sich um ein Gesetz oder um Handelsverträge, oder um allgemeine, das wirthschaftliche Gebiet betreffende Erlasse handeln, der Beirath von Personen gehört werden müsse, denen die umfangreichste praktische Erfahrung auf dem fraglichen Gebiete innewohne. Dagegen gingen die Ansichten des bleibenden Ausschusses weit auseinander über die Frage, in welcher Form die Idee verwirklicht werden könnte. Die Verschiedenheit der vorhandenen Anschauungen wird die bevorstehende Diskussion klar legen. Zu Referenten sind bestellt worden: Meckel (Elberfeld) und bei dessen etwaiger Verhinderung Bueck (Düsseldorf), Baare (Bochum), Heimendahl (Krefeld) und Dr. Witte (Rostock).

— Ueber die Ausführung des Sozialistengesetzes liegen weiter folgende Nachrichten vor.

Das königlich bairische Staatsministerium des Innern macht bekannt, daß für das Königreich Baiern unter der Bezeichnung „Landespolizeibehörde" im Sinne jenes Gesetzes die königlichen Regierungen, Kammern des Innern, zu verstehen und daß zur Erlassung der im § 10 des Gesetzes erwähnten Verfügungen in den einer Kreisregierung unmittelbar untergeordneten Städten die Magistrate, in München die königliche Polizeidirektion, in den übrigen Polizeibezirken die königlichen Bezirksämter, die exponirten Bezirksamts-Assessoren und die Bürgermeister zuständig sind. Die in § 15 des Gesetzes den Polizeibehörden eingeräumte Befugniß zur vorläufigen Beschlagnahme steht in München der königlichen Polizeidirektion, in den Kreishauptstädten diesseits des Rheins und in Nürnberg den königlichen Kommissären und den Magistraten, in den anderen einer Kreisregierung unmittelbar untergeordneten Städten den mit den Funktionen der königlichen Stadtkommissäre betrauten königlichen Bezirksämtern und den Magistraten, in den übrigen Polizei-Bezirken den königlichen Bezirksämtern, exponirten Bezirksamts-Assessoren und den Bürgermeistern zu.

Im Gebiet der freien Stadt Hamburg sind nach einer Bekanntmachung des Senats vom 25. unter der Bezeichnung „Landespolizeibehörde" die städtische Polizeibehörde, unter der Bezeichnung „Polizeibehörde" die in den einzelnen Gebietstheilen zuständigen Polizeibehörden zu verstehen.

Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht eine längere Reihe von Bekanntmachungen über Verbote von Vereinen.

Die von der Kreishauptmannschaft zu Dresden und der Polizeidirektion zu Braunschweig erlassenen Verbote sind bereits von uns mitgetheilt worden. Die Regierung zu Arnsberg hat 1) den sozialistischen „Arbeiter-Wahlverein" zu Bochum, 2) den „Arbeiter-Wahlverein für den Kreis Hagen" zu Hagen, 3) den „Arbeiter-Wahlverein in Langerfeld", Kreis Hagen, 4) den sozialdemokratischen „Arbeiter-Wahlverein für die Stadt und den Landkreis Dortmund" zu Dortmund, — die Kreishauptmannschaft zu Leipzig den dort bestehenden „Arbeiter-Bildungsverein", der Landes-Kommissar zu Mannheim den dort bestehenden „Pfälzisch-Badischen Preßverein" verboten.

Von Druckschriften sind ferner verboten worden:

1) Durch die großherzoglich mecklenburg-schwerin'sche Landespolizeibehörde (laut Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 28. Oktober) die Nummer 83 der in Rostock erscheinenden periodischen Druckschrift „Mecklenburg-Pommerischer Arbeiterfreund. Organ für das werkthätige Volk"; gleichzeitig ist das Verbot des ferneren Erscheinens dieser Druckschrift erlassen worden; 2) durch die Kreishauptmannschaft zu Leipzig Nr. 126 der im Verlage der dortigen Genossenschaftsdruckerei erscheinende „Vorwärts" vom 25. laufenden Monats, sowie das fernere Erscheinen dieser periodischen Druckschrift; uns ist noch die Nr. 127 vom 27. laufenden Monats zugegangen, weswegen wir eine uns heute Vormittag zugegangene Mittheilung über das nunmehr offiziell bekannt gemachte Verbot bis auf Weiteres zurücklegen zu sollen glaubten; — 3) durch die Kreishauptmannschaft zu Zwickau die Druckschrift „Most's Proletarier-Liederbuch" vierte verbesserte Auflage, Chemnitz 1873, und fünfte Auflage, Chemnitz 1875; — 4) durch den Landeskommissär zu Mannheim die Nummer 43 des dort erscheinenden „Pfälzisch-Badischen Volksblatt" vom 26. Oktober, zugleich wurde das fernere Erscheinen dieser Druckschrift untersagt.

Nach einer Meldung der „Post" aus Kassel, 27. Oktober, ist eine von dem Führer der dortigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Herrn W. Pfannkuch, auf den 28. Abends anberaumte Versammlung auf Grund des § 9, Al. 2, des Gesetzes polizeilich verboten worden. Auf der Tagesordnung stand nur ein Vortrag über ein harmloses Thema (Häuserbau 2c.)

Ausland.

Paris, 26. Oktober. Heute Morgen hat unter dem Vorsitze des Präsidenten der Republik ein Ministerrath stattgefunden, dessen ungewöhnliche Dauer annehmen läßt, daß es sich um Berathung wichtiger Angelegenheiten handelte. Eine offiziöse Mittheilung besagt denn auch, daß zuvörderst der Minister des Aeußern, Herr Waddington, einen Vortrag über den Stand der orientalischen Verwickelungen gehalten und dem Konseil Kenntniß von verschiedenen wichtigen gestern und heute Morgen eingetroffenen Depeschen gegeben habe, und fügt dann hinzu, „daß

aus denselben ein für die französischen Interessen befriedigender Stand der auswärtigen Situation erhellt." Der Minister des Aeußern und der Minister des Innern machten sodann dem Marschall von Mac Mahon Mittheilung von Depeschen der französischen Diplomaten und der Präfekten, „worin über den vorzüglichen Eindruck berichtet wird, den die vom Marschall bei der Preisvertheilung gehaltene Rede im Inlande wie im Auslande hervorgerufen hat." Es wird nicht gesagt, ob Herr v. Marcère auch dem Marschall mitgetheilt hat, daß die Präfekten übereinstimmend in ihren Berichten der Hoffnung Ausdruck geben, die Rede des Marschalls werde auf die morgen stattfindenden Delegirtenwahlen einen günstigen Einfluß ausüben und wesentlich dazu beitragen, daß die Gemeinderäthe beinahe überall republikanische Delegirte ernennen.

Sodann weiß die betreffende offiziöse Mittheilung auch nichts von einer Auseinandersetzung, welche nach anderen Berichten zwischen dem Konseilpräsidenten und Justizminister Dufaure und dem Minister des Innern Herrn von Marcère stattgehabt hat, und wobei die Majorität des Ministerrathes Herrn von Marcère Unrecht gegeben haben soll. Es handelte sich um eine allerdings etwas voreilige und eigenmächtige Maßnahme des Ministers des Innern, die Herr Dufaure als einen groben Eingriff in die richterliche Gewalt bezeichnet hatte; es ist damit die von Herrn von Marcère an die Präfekten gerichtete telegraphische Ordre gemeint, die Verhaftungen von in contumaciam wegen Betheiligung an der Kommune Verurtheilten durchaus zu sistiren. Alle Welt weiß nun, daß der Minister zu dieser Maßregel durch die einflußreichsten Chefs der republikanischen Majorität und namentlich durch Gambetta gedrängt worden ist, welche zu dieser Intervention durch die bereits mitgetheilte Verhaftung einiger republikanischen Koryphäen veranlaßt wurden. Dieser ministerielle Befehl, die in contumaciam Verurtheilten von nun an vollständig zu ignoriren, könnte übrigens auch die wohl nicht vorhergesehene Folge haben, daß die zahlreichen im Auslande lebenden Flüchtlinge der Kommune nach Frankreich zurückkehren würden, und wohl nur um das an einem drastischen Beispiele darzuthun, melden mehrere konservative Organe, daß der in contumaciam zum Tode verurtheilte Exdeputirte Ranc, bekanntlich einer der intimsten Freunde Gambetta's, im Begriffe stehe, nach Paris zurückzukehren. Herr Ranc, dessen gerichtliche Verfolgung wegen seiner Betheiligung an der Kommune erst im Jahre 1873 nach dem Sturze des Herrn Thiers durch die Regierung von der Nationalversammlung verlangt und von derselben genehmigt war, hat sich damals seiner Verhaftung durch die Flucht entzogen und lebt seitdem in Brüssel als ständiger Mitarbeiter und Korrespondent der „Republique francaise". Es wurde in letzterer Zeit mehrfach versichert, daß die republikanischen Minister Herrn Ranc angeboten hätten, seine Begnadigung durchzusetzen, wenn er darum einkommen wolle, daß aber der ehemalige Direktor der öffentlichen Sicherheit unter Gambetta's Diktatur dieses Ansinnen stets zurückgewiesen habe. Die Meldung der konservativen Blätter klingt daher auch wenig wahrscheinlich, und Herr Ranc wird sich um so weniger veranlaßt sehen, seinen Freunden in diesem Augenblick einige Verlegenheit zu bereiten, als er mit ziemlicher Gewißheit darauf rechnen kann, in wenigen Monaten durch ein Votum der Kammern amnestirt zu werden.

Die in meinem letzten Briefe besprochene irrthümliche Bemerkung des hiesigen Korrespondenten einer deutschen Zeitung hat zur Folge gehabt, daß der Delegirte der deutschen Ausstellungskommission mit schriftlichen und mündlichen Anfragen über den Grund der Ausschließung der deutschen Aussteller von den durch die Jury's zuerkannten Belohnungen behelligt worden ist. Herr Geh. Rath Günther hat deshalb an verschiedenen Stellen des deutschen Saales Plakate anheften lassen, worauf zu lesen steht: „L'exposition allemande est restée hors concours".

Provinzielles.

Stettin, 29. Oktober. Die jährliche Schonzeit der Fische hat am 15. Oktober begonnen und dauert bis 15. Dezember. Während dieser Zeit müssen nicht allein die ständigen Fischerei-Vorrichtungen in nicht geschlossenen Gewässern hinweggeraumt oder abbestellt sein, sondern jede Art des Fischfangs ist bei einer Strafe bis zu 150 Mark verboten.

— Zu Stolzenhagen wird am 1. November eine mit der Orts-Postanstalt vereinigte Telegraphen-Betriebsstelle mit beschränktem Tagesdienste eröffnet.

— Wie bei jedem Brande, so haben auch auf der Oberwiek Langfinger ihren Nutzen gesucht und sich beim Rettungswerk betheiligt, um Diebstähle auszuführen. So sind dem Segelmacher Kuth Garderobe und Wäsche, dem Bäckermeister Mittelstädt ein Spiegel und Bilder, und dem Mehlhändler Kreckow 2½ Sack Gries à 200 Pfd., 1¾ Sack Graupen à 172 Pfd., circa 150 leere Säcke und 20 Ctr. Hafer abhanden gekommen, im letzteren Falle soll sich der Schaden auf 526 Mark belaufen.

— Am Sonnabend Abend zwischen 8 und 9 Uhr ging ein Zimmergeselle von Grünhof durch die Moltkestraße. In der Nähe der Kastanienallee in Fort Wilhelm wurde er von zwei Männern angegriffen, zu Boden geworfen und während ihm der Eine die Gurgel zuschnürte, zog ihm der Andere aus der Tasche den Wochenlohn in Höhe von 16,90 Mark. Bei der herrschenden Dunkelheit war es nicht möglich, die schnell davoneilenden Männer zu erkennen.

— In der Woche vom 20. bis 26. Oktober sind hierselbst 14 männliche und 14 weibliche, in Summa 28 Personen polizeilich als verstorben angemeldet, darunter 12 Kinder unter 5 und 7 Personen über 50 Jahren.

Vermischtes.

— (Der „Garten-Direktor" der Pariser Kommune.) Georges Cavalié, aus seiner Studienzeit ein Freund Gambettas, dem von jenen Tagen her der Spitzname Pipe-en-bois geblieben ist, ist zu Paris im Alter von 44 Jahren an der Schwindsucht gestorben. Von Beruf ein Ingenieur und durchaus nicht ohne Begabung, hatte er von der Kommune das Amt eines Direktors des städtischen Straßen- und Gartenwesens angenommen und war deshalb nach der Bewältigung des Aufstandes im Gnadenwege aus Frankreich verbannt worden. Kürzlich erwirkte er aus Rücksicht auf seine schwer erschütterte Gesundheit die Erlaubniß, nach Paris zurückzukehren, um sich hier von seiner Mutter pflegen zu lassen. Während des Kriegs war er einer der Kabinets-Sekretäre Gambettas in Tours und Bordeaux und von ihm, der die Gewohnheiten des lateinischen Viertels nie ganz verleugnen konnte, wird die Anekdote erzählt, daß er, als eines Tages der englische Botschafter Lord Lyons bei dem Diktator vorsprach und zufällig eine Weile warten mußte, dem Lord, um ihn zu beschwichtigen — ein Seidel Bier anbot. Seine ruhmvollsten Zeiten fallen jedenfalls in den Anfang der sechsziger Jahre, wo er, namentlich bei wichtigen ersten Aufführungen im Theatre francais und im Odeon, über die akademische Jugend unumschränkt gebot und z. B. nur durch sein persönliches Verdikt dem Schauspiel Henriette Marechal, dem Werke so namhafter Autoren, wie die Brüder Goncourt, die ihm als Günstlinge der Prinzessin Mathilde verhaßt waren gleich am ersten Abend eine Katastrophe bereitete, die noch heute in der schaudernden Erinnerung der Zeitgenossen fortlebt.

— Der Erde Weh mit Gelassenheit und Würde zu tragen ist nicht jedem Sterblichen in gleichem Maße verliehen. Als ein Muster in dieser Hinsicht dürfte ein Freiherr von M. . . . . gelten, der Träger eines Namens, dessen Verwandte und Ahnen als Lenker des preußischen Staatswagens und Spitzen der Beamten-Hierarchie schon mehrfach eine bedeutsame, wenngleich niemals volksthümliche Rolle gespielt haben. Mit Gütern reich gesegnet, angesehener Grundbesitzer in Schlesiens Gauen, wäre des Freiherrn Glück vollständig gewesen, wenn nicht so häufig ein unheimlicher Gast in seinem Hause Einkehr gehalten hätte. Keiner seiner Gattinnen hatten die Parzen einen langen Lebensabend gegönnt. Nach wenigen Jahren ehelichen Beisammenlebens waren ihm so zwei Frauen von der Seite gerissen; nun sollte er seine Dritte begraben. Und als der treue Diener seines Hauses anfragte, in welchem Zimmer der Katafalk errichtet werden solle, da antwortete der betrübte Wittwer: „wie gewöhnlich im blauen Zimmer". So ergeben in sein Geschick verlebte er die zwölf Monate seines Trauerjahres. Da fachte das Gefühl der Vereinsamung in seiner Brust aufs Neue die Sehnsucht nach einer Lebensgefährtin an. Die Dame, die er zu seiner „Vierten" auserselhen, schien der Bewerbung nicht abgeneigt. Eines Tages ließ sie sich von ihm auf seinem Stammsitze umherführen und so gelangte sie auch zu dem alten freiherrlichen Erbbegräbniß. Drei Gräber, jedes mit einem schönen marmornen Denkmal geschmückt, lagen da in einer Reihe nebeneinander. Die Dame warf einen fragenden Blick zu dem dreifach verwittweten Freier. „Hier pflege ich meine Frauen zu begraben" — lautete des Gefragten Erklärung. Ein Frösteln ergriff die Dame. Graute ihr vor dem Geschick, den Dreien nachzufolgen? Hielt sie etwa den Bewerber um ihre Hand für einen verkappten Blaubart? Kurz und rund — sie ward auf dem Gute des Freiherrn nicht mehr gesehen und dieser ist bis heute Wittwer geblieben.

— (Wie man Pferdestudien macht.) Es ist bekannt, daß es nur wenige Künstler giebt, die Pferde malen können. Die es können, sind selbst passionirte Reiter und müssen es sein. Wir haben einen berühmten Geschichtsmaler in Düsseldorf, dem die Pferde sehr oft verunglücken. Selbst auf einem vielbesprochenen Geschichtsbilde auf der diesmaligen Ausstellung scheinen die Pferde vor der Equipage nicht von der Stelle zu kommen. Vor einiger Zeit machte ein bekannter Berliner Pferdemaler, dessen Atelier im Erdgeschoß liegt, damit die Pferde hineingeführt werden können, dem Herrn Professor in D. einen Besuch. Er war sehr verwundert, als er das Atelier des Herrn Professors im 1. Stock belegen fand und äußerte im Gespräch darüber sein Befremden. „Wie fangen Sie es nur an, Herr Professor, wenn Sie ein Pferd malen wollen?" „Pah", sagte wegwerfend der Professor, lehnte sich lässig in den Sessel zurück und hielt die rechte Hand als Schirm vor die Augen, „ich trete an das Fenster und sehe mir die Droschkenpferde auf dem Halteplatze da drüben an!" Der Berliner Künstler schwieg. Als er aber die Treppe hinabstieg, murmelte er vor sich hin: „Jetzt begreife ich, warum seine Braunen nicht traben!"

— Von einem seltsamen Reiseabenteuer erzählt die „N. Fr. Pr.", das einem Frankfurter älteren Bürger, der sich noch gern in Thalia's Musentempeln aufhält, widerfahren ist. Derselbe konnte dem Drange seines Herzens, die Musentempel von Paris während der Ausstellung in Augenschein zu nehmen, nicht widerstehen und dampfte nach Paris. Da er nicht französisch sprechen konnte, so schrieb er sich an der Straßenecke seiner Meinung nach den Namen der Straße, in der sein Hotel belegen war, auf und wanderte wohlgemuth durch die Straßen von Paris seinem Ziele zu. Auf dem Rückwege sprach er verschiedene Leute an, hielt ihnen seinen Zettel hin und bat um Zurechtweisung. Die Angesprochenen lachten ihn jedoch aus und gingen weiter. Endlich kam unserer biederer Landsmann an einen Deutschen, der sich vor Lachen bald ausschüttete, als ihm der Zettel hingehalten und er gefragt wurde, wo die Straße sei. Der Deutsche mußte sich erst von seinem Lachen erholen, um unserm Verehrer der Pariser Musentempel zu erwidern, daß das, was er sich aufgeschrieben habe, gleichbedeutend sei mit unseren hiesigen Polizei-Plakaten: „Dieser Ort darf nicht verunreinigt werden."

— Wie der Londoner „Standard" mittheilt, ist von der deutschen Regierung durch Vermittelung des Grafen Münster mit mehreren Herren, an deren Spitze Mr. Albert Leutner in London steht, ein Abkommen zum Abschluß gebracht worden, wodurch letztere es übernehmen, innerhalb einer stipulirten Zeit und gegen ein Entgeld von 50,000 Pfund Sterling (1,000,000 Mark) den „Großen Kurfürst" zu heben. Mr. Leutner, dessen Kutter „Viscounteß" bereits seit einigen Monaten mit Tauchern u. s. w. bei dem Wrack beschäftigt war, wird ein neues Patent-Ponton zur Anwendung bringen, das bereits bei der Hebung mehrerer Fahrzeuge erfolgreich gebraucht worden ist. Dieses Ponton ist mit einem Sicherheitsventil versehen, welches sein Bersten bei Erreichung der Wasseroberfläche verhindert.

— Die Leitung des Cirkus Salamonski veranlaßt folgende Reklame in Berliner Blättern: „Eine vornehme Dame als Schulreiterin im Cirkus Salamonsky." Vor etwa Jahresfrist erregte eine junge vornehme Russin in den Reit-Réunions zu St. Petersburg sowohl durch Schönheit als auch die Pracht ihrer Juwelen und noch ganz besonders durch die prächtigen Pferde, mit welchen sie sich an den Réunions betheiligte, großes Aufsehen. An allen Orten war sie der Gegenstand der allgemeinsten Bewunderung. Doch Madame Odile, so nennt sich die schöne Reiterin, fand an diesen geschlossenen Reit-Cirkeln keine rechte Freude, Madame O. wollte öffentlich auftreten, dazu gab ihr Petersburg keine Gelegenheit. Sie ist deshalb zu uns gekommen und hat mit einer Anzahl prächtiger Pferde ein Engagement am Cirkus Salamonsky angenommen. Als Madame O. am Sonnabend im Cirkus in der Probe ritt, war der kleine Kreis von Zuschauern nicht wenig über die vornehme Reiterin entzückt. In einigen Tagen wird Madame O. öffentlich als Schulreiterin debutiren.

Literarisches.

In dem rühmlichst bekannten Verlage von Grote in Berlin erscheint ein höchst interessantes und lehrreiches Werk, nämlich Oncken, Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen. Die wichtigsten Kulturvölker der Erde von den alten Indern und Egyptern bis in die neueste Zeit werden dem Leser durch zahlreiche Bilder und lebensvolle Darstellungen im Texte vorgeführt. Die Bilder enthalten Nachbildungen von Architekturen und Skulpturen, Portraits, Facsimiles, Siegel, Münzen, Waffen, Rüstungen, Werkzeuge, Kostüme, Monumente, Bauwerke und Grundrisse von solchen, Nachbildungen alter Handschriften und Drucke, Pläne und Karten von Städten, Ländern und Schlachten; die Einrichtung des Hauses aller Zeiten, kurz, historische und kulturhistorische Objekte aller Art, welche den Zweck des darstellenden Wortes, dem Leser ein höchst anschauliches, charakteristisches Bild auch von den Kulturzuständen aller Epochen, von hervorragenden Persönlichkeiten u. s. w. zu entwerfen, mit bestem Erfolge unterstützen.

Das Werk wird daher von größter Bedeutung werden für das Verständniß der Geschichte und vom tiefgreifendsten Einflusse auf die fernere Gestaltung der Geschichte. Wir können das Werk daher nur warm empfehlen; namentlich wird es für alle Schulen bald unentbehrlich sein.

Handelsbericht.

Berlin, 28. Oktober. (Bericht über Butter und Eier von J. Bergson und Alfred Orgler.)

Ueber das Buttergeschäft in vergangener Woche ist wenig Neues zu berichten. Der Markt lag still und das Ausland beschränkte seine Bezüge auf Kleinigkeiten in allerfeinster tadelfreier Waare. Eine große Schmälerung erleidet das Geschäft in Faßbutter durch die noch immer starken Einlieferungen von sogenannter Stückenbutter seitens der Landleute, denen der günstige Herbst noch reichliches Viehfutter bietet. Von der Stille im Geschäft ist fast keine einzige Qualität auszunehmen und selbst die bisher noch am meisten gesuchten Mittelsorten erleiden durch die oft recht abfallende Waare starke Einbußen. In galizischer und mährischer Butter kam es zu keinen Umsätzen, woran die Preisofferte weniger Schuld trägt als die seit Monaten aufgestapelte und nun altgewordene Waare.

Es notiren ab Versandtorte: Feine und feinste Holsteiner und Mecklenburger 115—120 M., Mittelwaare 110 M., feinste Guts- und Pächterbutter 110 M., ostfriesische 104—110 M., pommersche 80—93 M., Litthauer 85—95 M., Elbinger 85 bis 88 M., hessische 86—90 M, baierische 78 bis 88 M., thüringische 95—100 M., schlesische 78—92 M., mährische 45—55 M., galizische frische 56—60 M. per 50 Kilo franko hier.

Ohne besondere Veranlassung wurde an letzter Eierbörse Notirung um 10 Pfg. per Schock erhöht, wozu die ohnehin schon schwachen Umsätze sich noch mehr verringerten. Käufer zeigten sich sehr zurückhaltend, da sie bei den ungünstigen Zeitläufen auf Stabilität dieses Preises nicht rechnen. Bei großer Geschäftslosigkeit konnte sich der Preis an heutiger Börse auf Mk. 3,60 per Schock behaupten.

Detailpreis Mark 3,70 bis Mark 3,75 per Schock.

Durchgang nach hier 191 Fässer, 589 Kisten, nach Hamburg — Fässer, 3175 Kisten.

Viehmarkt.

Berlin, 28. Oktober. Es standen zum Verkauf: 1653 Rinder, 7500 Schweine, 808 Kälber, 5242 Hammel.

Für Rinder und Schweine verlief das Geschäft insofern heute glatter, als der geringe Auftrieb in nicht zu langer Zeit geräumt wurde, ein Steigen im Preise war bei dem sehr schwachen Bedarf nicht merkbar.

Rinder Prima 57—60, Sekunda 45—48, Tertia 36—38 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht. — Erwähnenswerth ist, daß ein hiesiger Viehkommissionshändler heute einen Versuch mit Einführung von südamerikanischen Rindern machte, die auf holsteinischen Weiden fett gemacht waren; die Waare zeigte sich hochfein und dürfte eventuell dem ostpreußischen Vieh starke Konkurrenz machen.

Bei Schweinen erhielt beste Mecklenburger 48 bis 49, beste Pommern 46—47, Sekunda-Pommern 44—45, Russen nur 36—39 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht. Bakuner 44—45 Mark bei 45—50 Pfund Thara.

Kälber verblieben bei langsamer Räumung auf 45—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Der Begehr für Hammel ist momentan so verschwindend gering, daß die Waare trotz des recht schwachen Auftriebes wiederum einen Preisrückgang erfuhr und nur 35 bis 50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht erzielte.

Telegaphische Depeschen.

Wien, 28. Oktober. Die „Wiener Abendpost" schreibt: Die neuesten Nachrichten über die Entwickelung des bulgarischen Aufstandes in Macedonien lauten Besorgniß erregend. Die Insurrektion greift rasch um sich. Es scheint gelungen zu sein, den ersten Versuchen einer gewaltsamen Unterdrückung des Aufstandes wenigstens an einigen Orten erfolgreichen Widerstand zu leisten. Die Insurgenten sind im Vormarsche auf Seres begriffen. Andererseits wurden einzelne Banden von Bulgaren geschlagen. Außerdem erhebt sich an allen Orten das muhamedanische Element, um die Bemühungen der Pforte zu unterstützen. Aus Salonichi wurden namhaften Streitkräfte auf das insurgirte Gebiet dirigirt. Unverkennbar ist die Tendenz des Aufstandes die, das bis an das ägäische Meer reichende Bulgarien des Friedens von San Stefano zu verwirklichen.

Wien, 28. Oktober. Die „Pol. Corresp." veröffentlicht folgende Meldungen:

Aus Konstantinopel, den 27. d.: Der bulgarische Aufstand hat sich über mehrere Distrikte Rumeliens und des nördlichen Macedoniens verbreitet. Die Insurgenten haben 3 Kompagnien regulärer türkischer Truppen niedergemetzelt und 7 muhamedanische Ortschaften zerstört. Der Sitz des Centralcomités der Aufständischen ist in Kustendje. Die Slavencomités in Rußland liefern dem Central-Comité Geld und Waffen. Der ausgesprochene Zweck der Insurrektion ist die Vereinigung von Rumelien, Thracien und Macedonien mit Bulgarien zu einem bulgarischen Reiche. Die Aufständischen werden auf 12,000 Mann veranschlagt; mit ihnen soll sich die Miliz des Fürstenthums Bulgarien vereinigen, wodurch sie mindestens 30,000 Mann stark würden. Das Central-Comité hat für weitere Waffenvorräthe gesorgt. Es wird versichert, die bulgarische Geistlichkeit sei für die Insurrektion gewonnen. Die Pforte trifft energische Dispositionen.

Die Rekrimination der Pforte wegen angeblicher Aeußerungen des russischen Generalkommissars für Bulgarien, Fürsten Dondukoff-Korsakoff, bezüglich der baldigen Vereinigung Rumeliens und Bulgariens ist von dem hiesigen russischen Botschafter, Fürsten Lobanoff, als grundlose Verdächtigung zurückgewiesen worden.

Aus Ismail, 27. d. M.: Die Uebernahme Bessarabiens durch Rußland wurde der Bevölkerung durch eine Proklamation notifizirt, in welcher die Annahme russischen Geldes befohlen und die Einführung russischer Gerichtsinstitutionen in Aussicht gestellt wird. Gleichzeitig wird die Bevölkerung bis zum 1. Januar 1879 von der Steuerzahlung befreit.

Bern, 28. Oktober. Bei den gestrigen Wahlen zum Nationalrathe gewannen die ultramontane Rechte und das liberale Centrum einige Sitze, während die radikale Partei einige verlor. In Genf unterlagen die bisherigen der Regierung angehörigen Radikalen. Im Berner Jura siegten die Ultramontanen, ebenso theilweise in St. Gallen. In den übrigen Kantonen sind die Veränderungen weniger bedeutend.

Rom, 28. Oktober. Minghetti hielt vor seinen Wählern in Legnano eine Rede, in welcher er auch die orientalische Frage berührte und hierbei auch hervorhob, das historische Gesetz dränge die Türkei nach Asien, die italienischen Traditionen verwiesen Oesterreich nach dem Orient. Italien habe zwar im Orient keine direkten Interessen, müsse aber seinen Einfluß wahren. Die italienischen Bevollmächtigten auf dem Berliner Kongresse hätten unmöglich Besseres leisten können. Man müsse einem befreundeten Nachbarstaate gegenüber Klugheit und loyale Mäßigung bekunden. Alle Nationen hätten irredente Parteien. Die Wünsche nach einer Grenzberichtigung seien legitim, aber nur besonnenen Völkern böten sich opportune Gelegenheiten.

Alexandrien, 28. Oktober. Ein vom Khedive erlassenes Dekret ermächtigt den Finanzminister Wilson zu Verhandlungen wegen Aufnahme einer Anleihe von 8,500,000 Pfd. Sterl., welche durch die von der Familie des Khedive an den Staat abgetretenen Güter garantirt werden soll. Falls das Erträgniß der letzteren nicht zureicht, soll die Deckung des Restes aus den Gesammteinnahmen Egyptens erfolgen.